

Presse-Information

Apotheken und Patienten zahlen die Zeche

Wolf: Regierung vernichtet die Existenz vieler Apotheken

Berlin, 11. Nov. 2010 - Enttäuscht und wütend reagieren die deutschen Apothekerinnen und Apotheker auf die massiven Einschnitte, die den rund 21.500 Apotheken durch das Arzneimittelmarkt-Neuordnungsgesetz (AMNOG) drohen. Das Gesetz wurde heute mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP im Bundestag beschlossen.

„Diese Regierung wollte die Versorgung weiterentwickeln und verbessern. Das Ergebnis ist das genaue Gegenteil: Mit diesem Angriff auf die Apotheken wird ein Stützpfiler der flächendeckenden Gesundheitsversorgung zertrümmert. Ohne Sinn und Verstand für den Nutzen und die Chancen einer heute schon hervorragenden Arzneimittelversorgung durch unabhängige Apotheken setzen CDU, CSU und FDP nun den Raubbau an Apotheken und Patienten fort“, sagt Heinz-Günter Wolf, Präsident der ABDA – Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände. „Die Regierung schüttet bei anderen Leistungserbringern das Füllhorn aus. Apotheker und Patienten zahlen die Zeche. Deshalb werden wir Apotheker uns auch in Zukunft gegen diese verantwortungslose und unfaire Politik zur Wehr setzen.“

„Der Raubbau an den Apotheken und ihren Mitarbeitern wird zum Gesetz. Die Koalition aus Union und FDP nimmt tausenden Apotheken damit die Luft zum Atmen und bedroht anscheinend bewusst die hochwertige flächendeckende Arzneimittelversorgung in Deutschland“, sagt Wolf. „Viele Apothekerinnen und Apotheker, aber auch die Angestellten und Pharmaziestudierenden sind entsetzt über dieses Gesetz. Schwarz-Gelb ersetzt Folgenabschätzung durch blanken Polit-Populismus.“

In vielen Punkten schafft diese Regierung keine Weiterentwicklung der Arzneiversorgung, sondern ergötzt sich in einem Spardiktat ohne Rücksicht auf diejenigen, die für die Versorgung von täglich rund 4,1 Millionen Menschen einstehen. So wollten CDU, CSU und FDP auch den unkontrollierten Pick-up von Arzneimitteln verbieten – und sind schon an dieser verbraucherpolitischen Hürde gescheitert.

Die Apotheken werden durch die Anhebung des Zwangsrabatts an die Krankenkassen von 1,75 Euro auf 2,05 Euro je Arzneipackung mit etwa 200 Millionen Euro belastet – in der Durchschnittsapotheke bedeutet dies für 2011 und 2012 einen jährlichen Rohertragsverlust von rund 7.500 Euro. Wolf: „Dieses Geld fehlt den Apotheken. Die Regierungsfractionen greifen damit direkt und erneut den freien Heilberuf des Apothekers an.“

Presse-Information

Seite 2 von 2

Wolf: „Es ist politisch unehrlich, auf der einen Seite immer mehr von uns Apothekern einzufordern und gleichzeitig den Apotheken in die Kasse zu greifen, Planungssicherheit für Klein- und Kleinstunternehmen und damit die Existenzgrundlage gerade für uns Gesundheitsversorger zu zerstören.“ Wie absurd das Vorgehen der Regierung gegen die Apotheken ist, wird dadurch deutlich, dass die Apotheken nur 2,5 Prozent der Gesamtausgaben der gesetzlichen Krankenkassen verantworten. Die Verwaltungsausgaben der Krankenkassen sind doppelt so hoch wie das Honorar für die Versorgung der Apotheken. Zudem beschäftigen die Kassen deutlich weniger Menschen.

Das Einkommen der Apotheken hatte sich seit 2004 rückläufig entwickelt. Der Zwangsrabatt für die Krankenkassen, der von einer unabhängigen Schiedsstelle erst vor dem Hintergrund der massiven Belastungen der Apotheken vor wenigen Monaten auf 1,75 Euro verändert wurde, untersteht nun dem Diktat der Politik. Die Regierungsparteien haben damit dem Druck der mächtigen Kassenlobby nachgegeben und die eigenen im Koalitionsvertrag festgelegten Ziele für eine Stärkung der sicheren Arzneimittelversorgung durch die bedrohte Individualapotheke aufgegeben.

Die Pressemitteilung und weitere Informationen unter www.abda.de.

Kontakt:

Thomas Bellartz, Pressesprecher

Tel. 030 – 40004 132

Mail: pressestelle@abda.aponet.de